

<b>Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/1649/2012</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>17.09.2012</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>14.09.2012</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

## **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD betr. Erhalt und Ausbau des UKGM**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) muss erhalten und ausgebaut werden. Die hohe Qualität der regionalen und überregionalen Patientenversorgung muss ebenso sichergestellt werden, wie die davon nicht zu trennende national und international hoch anerkannte medizinische Forschung und Lehre in den beiden medizinischen Fachbereichen in Gießen und Marburg.**

**Die Stadtverordnetenversammlung Marburg fordert in Absprache mit der Stadtverordnetenversammlung Gießen und den Kreistagen der Landkreise Marburg-Biedenkopf und Gießen gemeinsam die Landesregierung auf, sich für die Stärkung der mittelhessischen Universitäten mit ganzer Kraft einzusetzen. Es geht insbesondere um den Erhalt des Universitätsklinikums Gießen/Marburg und den Erhalt der beiden medizinischen Fachbereiche mit allen Forschungsschwerpunkten und medizinischen Studienplätzen in Marburg und Gießen. Die dafür erforderlichen und geeigneten Maßnahmen soll die Landesregierung angesichts der derzeitigen Situation großer Verunsicherungen dringend in die Wege leiten. Über die einzelnen Schritte, wie dieses Ziel erreicht werden kann, soll die Landesregierung die Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Städte und die Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf umfänglich und zeitnah informieren.**

### **Begründung:**

Beim Verkauf der Universitätskliniken wurde das Verhältnis zwischen Krankenversorgung und Forschung und Lehre nur unzureichend geklärt. Folge davon ist, dass die Renditeerwartungen im Zusammenhang mit der in privater Trägerschaft stehenden Krankenversorgung und die finanziellen Forderungen der Kliniken an die in öffentlicher Trägerschaft stehenden medizinischen Fachbereiche neben finanziellen zu erheblichen personellen Problemen führen.

Dies hat gravierende Folgen für die Reputation der Kliniken und der Fachbereiche und belastet die Region und die Kommunen. Es steht nicht nur das Renommee der Traditionsuniversitäten mit ihrem jeweils breiten Spektrum an wissenschaftlicher Forschung und Lehre auf dem Spiel, sondern auch die Qualität der Gesundheitsversorgung und insbesondere die Existenz der medizinischen Fachbereiche.

An den medizinischen Fachbereichen der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen gibt es insgesamt rund 5500 Studierende. Die Tatsache, dass die Ausbildungsplätze für angehende Ärzte mehr als beschränkt sind und es nach wie vor den NC gibt, macht deutlich, wie wichtig die beiden Standorte für die Zukunft der Medizin in Deutschland sind, vor allem auch angesichts des zu erwartenden Ärztemangels.

Die Zahl der Beschäftigten in diesen Fachbereichen (neben denen in der Krankenversorgung Beschäftigten) liegt bei jeweils 1.200. Ein Verlust einer der beiden Fachbereiche wäre ein Schaden für die gesamte mittelhessische Region und kann nicht hingenommen werden.

Nicht allein die Tradition als Volluniversitäten spricht für die Sicherung und den Ausbau der beiden Hochschulstandorte und ihrer Universitätskliniken. Beide Universitäten zeichnen sich durch eine anerkannt hohe Qualität in der Krankenversorgung wie in der damit verknüpften Forschung und Lehre aus. Ihr Ruf auf diesem Gebiet liegt deutlich vor anderen hessischen Universitäten, wie jüngste Erhebungen gezeigt haben.

Die Landesregierung ist deshalb dringen aufgefordert, den Fortbestand und Ausbau des UKGM und der beiden Fachbereiche langfristig sicher zu stellen.

**Dietmar Göttling**

**Steffen Rink**